

Liebe Bäuerinnen und Bauern, verehrte Gäste

Was waren die Schwerpunkte im Jahr 2017

Einmal die Frostkatastrophe im Obst- und Weinbau. Minister Peter Hauk hat die Initiative der Bauernverbände aufgegriffen und für stark betroffene Betriebe eine Beihilfe auf den Weg gebracht um die schlimmsten Ertragsausfälle abzumildern. Dafür unseren Dank an das Land, an die Spitze im Ministerium Ländlicher Raum und an das Parlament, das schließlich die Haushaltsmittel bereit stellt

Politik und Verbände arbeiten daran, Versicherungslösungen auch gegen Frost zu bezahlbaren Prämien zu entwickeln. Dazu braucht es öffentliche Unterstützung weil die notwendigen Prämienätze die Möglichkeiten der Betriebe übersteigen würden. Genau aus diesem Grund gewähren die wichtigsten Wettbewerber unter den EU-Staaten ihren Betrieben bis zu 80% Beihilfe zu Versicherungen. Gemeinsam mit den Obst- und Weinbauverbänden bestärken wir die Bemühungen im Land bessere Vorsorge gegen Extremwetterlagen zu entwickeln, auch Frostschutzmaßnahmen in ein Förderprogramm einzubauen.

Eine andere Bedrohung kommt möglicherweise auf unsere Schweinehalter zu. Die Afrikanische Schweinepest breitet sich in Osteuropa in Richtung Westen aus und hätte erhebliche Schäden zur Folge wenn sie unser Land erreicht. Daran ist nicht zu rütteln. Wir sind in engem Kontakt mit den zuständigen Behörden. Sie sagen uns: Für den Menschen stellt sie keine Gefahr dar. Für andere Tiere als Schweine auch nicht. Entscheidend wichtig ist, dass sich alle in der Branche ernsthaft und sorgfältig kundig machen. Das läuft. Die Veterinärverwaltungen im Land und in den Kreisen entwickeln Notfallpläne und stellen die erforderlichen Verhaltensregeln auf.

Zuerst sind wir Schweinehalter aufgefordert, dafür zu sorgen, dass eine Einschleppung in unsere Bestände vermieden wird. Unser Appell nach innen: Stiefel und Kleidung, Fahrzeuge und Gerätschaften können Schwachstellen sein, deshalb Schutzkleidung und Desinfektion, Futter- und Strohlager müssen gegen Wildschweine abgeschirmt sein. Speziell unsere Saison-AK aus osteuropäischen Ländern sollten keine rohen Schweinefleischerzeugnisse mitbringen und schon gar nicht Essensreste wegwerfen. Die Park- und Rastplätze an den wichtigen Straßen müssen sauber gehalten werden. Essensreste gehören in die Mülltonnen und nicht daneben und auch nicht über den Zaun ins freie Feld. Die Abstimmung unter den Behörden laufen nach unseren Beobachtungen gut. Ob sich eine Seuche ausbreitet hängt dann maßgeblich von der vorhandenen Population an Wildschweinen ab. Je größer die Zahl der empfänglichen Tiere in der Natur ist umso schlimmer und umso heftiger breitet sich die Krankheit aus. Deshalb muss jetzt gehandelt werden um im Ernstfall, der hoffentlich nicht eintritt, aber wir müssen gewappnet sein, um im Ernstfall die Schäden möglichst gering zu halten. Deshalb stehen wir als Bauernverband voll hinter dem vom Ministerium für Ländlichen Raum entwickelten Maßnahmenplan zur Vorbeuge und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest.

Wir begrüßen deshalb sehr, dass für die Jägerschaft Verschärfungen in der Jagdausübung rückgängig gemacht werden, die zuvor von der vormaligen Landesregierung gegen den Widerstand von Bauern und Jägern verfügt wurden.

Zum Thema Insekten: die häufig zitierte Studie stellt Momentaufnahmen dar, selbst die Verfasser erheben nicht den Anspruch, dass sie wissenschaftlichen Ansprüchen genügen würde weil es eben Momentaufnahmen sind, die erhoben wurden. Wir stellen fest, dass Insekten wichtige Funktionen in

unseren Lebensräumen haben, nicht nur zur Bestäubung von Blüten. Deshalb fordern wir fundierte und detaillierte Erhebungen vorzunehmen und die Ursachen für einen Rückgang von verschiedenen Arten zu erforschen. Wir wollen Klarheit, inwieweit zum Beispiel die außergewöhnlich milden Winter der letzten Jahre eine Rolle im Insektenleben spielen können und welche anderen Faktoren in Frage kommen. Wissenschaftler sprechen auch davon, die Insekten würden bei der feucht-milden Witterung verschimmeln. Die Bekämpfung der Unkräuter auf den Feldern kann es nicht sein wie häufig behauptet wird. Dass auf einem Acker möglichst nur die Kulturpflanze gedeihen soll – daran hat sich seit Generationen nichts geändert. Dagegen sind in den letzten Jahren in der Feldflur Hecken und Biotop neu angelegt worden, also eine Aufwertung hat stattgefunden. An der Landwirtschaft allein kann es nicht liegen. Hat jemals jemand untersucht, welchen Einfluss der Fahrzeugverkehr bewirkt? Also bitte! Seriöse Bestandserhebung und Ursachenforschung ist angesagt.

Ein spezielles Thema bewegt in den Landkreisen Schwäbisch Hall und Hohenlohe die Gemüter: die Alterssicherung der Bauernfamilien. Und jetzt Klartext: Unser Bauernverband hat nicht im geringsten Interesse an einem Streit unter landwirtschaftlichen Organisationen, nicht im geringsten! Auch nicht mit der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft. Aber, es reicht jetzt, Herr Bühler! Wir lassen uns nicht länger kommentarlos vom Vorsitzenden der Erzeugergemeinschaft unterstellen, der Bauernverband würde seine Mitglieder nur unzureichend vertreten und eine Teilrente im Alter für seine Mitglieder für ausreichend halten. Und wir lassen nicht kommentarlos stehen, die Bauern und Bäuerinnen seien so Bürger zweiter Klasse und wir, der Bauernverband, würden das einfach so hinnehmen.

Was Bühler behauptet, wurde niemals so geäußert, ist bodenlos frech, unverschämt, schlicht und einfach unwahr. Das lassen wir nicht kommentarlos im Raum stehen.

Liebe Bäuerinnen und Bauern, was hier abgeht hat Methode. Und die heißt auf Neudeutsch Negative Campaigning. Wikipedia erklärt das so:

Negative Campaigning bezeichnet eine Form von insbesondere [politischer Öffentlichkeitsarbeit](#), bei der versucht wird den politischen Gegner in ein schlechteres Licht zu rücken, um damit das eigene Ansehen zu erhöhen. Charakterisierend für Negative Campaigning sei vor allem, dass es sich sachlichen Argumenten zu entziehen versucht und stattdessen die persönliche Auseinandersetzung in den Vordergrund stellt.

Tatsache ist, dass die Alterssicherung der Landwirte vom Gesetzgeber seit ihrer Einführung 1957 von Beginn an als Teilabsicherung angelegt ist. Unter anderem um die Beiträge bezahlbar zu halten. Von Beginn an wurde darauf hingewiesen, dass eine zusätzliche private Altersabsicherung nach den individuellen Verhältnissen und Bedürfnissen ratsam ist. Die meisten Familien sind diesem Rat gefolgt und haben mit den meist rentableren privaten Absicherungsmöglichkeiten Vorsorge getroffen. Deshalb ist **echte** Altersarmut allenfalls in Einzelfällen anzutreffen.

Im übrigen hat der Bauernverband dafür gekämpft und kämpft weiterhin dafür, mit Erfolg, dass die Landwirtschaftliche Sozialversicherung mit Milliardenbeträgen aus dem Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums unterstützt wird um für unsere Familien die Absicherung zu leistbaren Beiträgen zu gewährleisten. Es dürfte in landwirtschaftlichen Kreisen bekannt sein, dass jährlich in den Haushaltsberatungen des Bundes diese Unterstützung in Frage steht und dass es dem Bauernverband in seiner Geschlossenheit bisher gelungen ist geplante Kürzungen abzuwehren. Es dürfte weiter bekannt sein, dass auch das Sozialministerium und schließlich der Bundestag jeder Maßnahme zustimmen muss und dass dort jederzeit darauf geachtet wird, keine Präzedenzfälle

entstehen zu lassen, die weitere Anforderungen aus anderen Berufsgruppen unabwendbar auslösen. Schließlich sehen wir als Bauernverband unsere Aufgabe darin, politisch die erhebliche Besserstellung der Bauersfamilien gegenüber anderen selbstständigen Berufsgruppen zu verteidigen. Es ist deshalb politisch weltfremd und ein politisch äußerst riskantes Spiel in einer solchen Art und Weise einen Streit im Berufsstand vom Zaun zu brechen und Unfrieden zu stiften.

Wem im bäuerlichen Berufsstand dieser Streit nützen soll bleibt Bühlers Geheimnis. Eines ist ihm zumindest gelungen: Er hat bei seinem Fest tosenden Beifall erhalten und das Medieninteresse an seiner Person ist immens angestiegen.

Redakteur Ralf Reichert von der Hohenloher Zeitung beobachtet das Spiel aus neutraler Warte. Er hat im Interview mit Bühler in seiner Fragestellung den Nagel auf den Kopf getroffen wenn er die Erzeugergemeinschaft uns spinnefeind gegenüber sieht und von einem vergifteten Klima spricht. So sieht es der kritische Beobachter. Und Bühler umschreibt seine Angriffe auf unseren Bauernverband mit „kritisch-freundschaftlicher Atmosphäre“. Darüber kann man nur den Kopf schütteln. Verleumdung bleibt Verleumdung. Jetzt reicht's!

Unser Bauernverband wird jedenfalls an seiner bewährten Strategie festhalten, keinen Populismus mit wohlfeilen Behauptungen pflegen sondern mit Sachargumenten politische Überzeugungsarbeit für alle bäuerlichen Familien leisten.

„Wir bekennen uns zum eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystem und wollen ein leistungsfähiges, bezahlbares System erhalten.“ Genau so steht es wortwörtlich im neuen Koalitionsvertrag und das bedeutet nichts anderes, dass die Forderung des Bauernverbandes von CDU/CSU und SPD angenommen wird und die Unterstützung des agrarsozialen Sicherungssystems erhalten bleibt. Das wird von uns ausdrücklich anerkannt.

Zur geplanten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene nur soviel: die Direktzahlungen oder Flächenprämien wie sie auch genannt werden, stellen eine wichtige Einkommenskomponente für unsere Familien dar. Deshalb stellen wir uns als Bauernverband bei dem Thema Umverteilung auf die Hinterbeine und wehren uns massiv. Ich hatte kürzlich Gelegenheit mit Frau Maria Noichl, eine toughe Frau, engagiert und lebhaft in ihrer Rede, sie sitzt als einziges deutsches SPD-Mitglied im Agrarausschuss im Europa-Parlament, darüber zu reden. Es ging in Schrozberg um die Frage, wie wohl eine Familie mit einem Ferkelerzeugerbetrieb nach jahrelangen Durststrecken vom Markt her damit zurecht kommen soll wenn plötzlich wesentliche Einkommensbestandteile einfach politisch weggebrochen werden. Man könnte das genauso auf Milcherzeuger oder Ackerbauern übertragen. Dort geht es auch nicht besser. Die lapidare Antwort: Die Gemeinsame Agrarpolitik sei nicht dazu da, unrentable Betriebe am Leben zu erhalten. Ich war und bin geschockt.

Es ist einfach unseriös wenn man einerseits kleinere und mittlere Betriebe als Idealkonstellation propagiert, gleichzeitig dann die Grundlagen, auf denen so ein Betrieb überhaupt erst eine Chance hat, lapidar entziehen will. Das muss noch ausdiskutiert werden und da werden wir nicht locker lassen. Immerhin steht im Berliner Koalitionsvertrag, dass die finanzielle Ausstattung im bisherigen Volumen erhalten bleiben soll. Darauf pochen wir! Klare Ansage!

Dauerthema in den Medien, Dauerstreit zwischen Gruppen und Verbänden, Daueranliegen für viele Menschen und Daueraufgabe für die meisten Bauersfamilien Tag für Tag ist das Befinden unserer Tiere in unseren Ställen und auf unseren Weiden. Ja, Missstände kommen vor. Auf Schlachthöfen, bei Tiertransporten und auch auf Bauernhöfen. Sie werden von unserem Bauernverband missbilligt und wir fordern, dass sie abgestellt und auch geahndet werden. Aber sie kommen nicht überall jeden Tag vor. Sie sind keineswegs an der Tagesordnung sondern passieren in Ausnahmesituationen. Und dann bleibt noch die offene Frage, wo beginnt ein Fehlverhalten und wo sind es einfach unterschiedliche Sichtweisen über Haltungsbedingungen. Deshalb wenden wir uns auch in diesem Jahr gegen allgemeine Schuldzuweisungen. Deshalb wenden wir uns auch gegen pauschale Verurteilung, unter der leiden auch korrekt arbeitende Familien.

Was erleben wir? Wir erleben in der öffentlichen Diskussion endlose Debatten um bessere Haltungsverfahren und Tierwohl. Wir erleben, dass unsere Familien Verbesserungen für ihre Tiere schaffen. Wir erleben, dass in den letzten Jahren viel mehr Betriebe für mehr Tierwohl gesorgt haben und letzten Endes die Honorierung des Aufwandes ausblieb weil die bereit gestellten Gelder des LEH weit überzeichnet waren. Seit Jahresanfang läuft die neue Periode. Jetzt stehen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung, für einen definierten Umfang, aber eben nicht für noch mehr Komfort.

Und wir erleben, dass von den verschiedensten Gruppen das Erreichte als viel zu wenig abgetan wird. Beispielsweise Tierschutzbund und BUND kritisieren weiter. Allein eine ehrliche Bereitschaft, auf einen Konsens zuzusteuern, nach dem eine Familie in Ruhe arbeiten kann wenn sie sich entschlossen hat, ihre Tierhaltung neu zu organisieren – Ein Konsens mit den Gruppen? Nirgendwo in Sicht! So wird das nichts. So steigt die Verunsicherung Tag für Tag weiter und es geschieht nichts weil ohne eine ausreichende Planungssicherheit und Verlässlichkeit keine Familie in einen neuen sehr teuren Stall investieren kann. Ob eine vom Gesetzgeber verfügte Kennzeichnung entsprechend der Haltungsverfahren auf Fleisch und Wurstwaren etwas bringt? Bleibt fraglich weil die Teilstücke des einzelnen Schlachttiers in die unterschiedlichsten Wege gehen. Ein Ei bleibt ein Ei und kann mit einem Stempel versehen werden. Wieviel zusätzlicher Aufwand ist bei Fleisch und Wurst notwendig und lässt sich der Aufwand erwirtschaften? Interessiert es wirklich? Alles offene Fragen...

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sprach von einem Gesellschaftsvertrag mit der Landwirtschaft, mit den Bauern im Land also. Ob das was bringt? Was soll geregelt werden? Und wie? Das bleibt wohl eine Worthülse ohne Inhalt.

Spezielle Label-Programme mit definierten anspruchsvollen Kriterien und auch garantierten Erzeugerpreisen gibt es in größerer Anzahl. Das ist gut so! Sie werden eben von anspruchsvollen Kunden nachgefragt und der Preis bezahlt. Der Marktanteil bleibt mindestens vorerst niedrig. Nicht sehr viele stellen extra hohe Ansprüche.

Die existierende Initiative Tierwohl, an der der Bauernverband mitgewirkt hat, ist bis dato die einzige Initiative mit nennenswerter Marktdurchdringung weil sie eben nicht unterlaufen werden kann, indem man am Supermarkt-Regal auf andere Produkte ausweicht.

Neuerdings ist eine andere Idee im Gespräch und ich muss sagen, sie hat Charme. Prof. Isermeyer vom Thünen-Institut, einer Forschungseinrichtung des Bundeslandwirtschaftsministeriums, plädiert für eine „Nationale Nutztier-Strategie“, nach dieser Strategie gäbe es wie bisher einen gesetzlichen

Mindeststandard wie bisher. Nach unserer Auffassung muss der selbstverständlich in allen EU-Ländern gleich sein. Weitergehende Kriterien und Standards werden neben den Vergütungen der Initiative Tierwohl-Prämie dem Einzelbetrieb individuell nach seinen Leistungen vom Bund vergütet. Es wäre also ein Modell, ähnlich den Agrar-Umwelt-Programmen der Länder nach dem Vorbild von MEKA, wie es zuerst in Baden-Württemberg erfunden und eingeführt wurde. Wie gesagt, das Modell hat Charme.

Festzuhalten bleibt, endlose Diskussionen bringen niemand weiter, bringen nur Verunsicherung. Beschimpfungen und überzogene Forderungen über unsere Köpfe hinweg führen auch nicht zu einem vernünftigen Ergebnis, höchstens für mehr Zulauf weg von den Bauernhöfen hinein in die florierende Industrie.

Zurück zu unseren Themen, Richtlinien der Verbandsarbeit

Der Bauernverband Schwäbisch Hall – Hohenlohe – Rems e.V. ist in seinem Verbandsgebiet, den Landkreisen Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall und Rems Murr **die** berufsständische Vertretung der **gesamten** Landwirtschaft. Daraus erwächst die Verantwortung, sich für das positive Ansehen der Landwirtschaft, insbesondere der Mitgliedsbetriebe einzusetzen.

Das unterscheidet unseren Bauernverband, den Verband unserer Bäuerinnen und Bauern, die die Inhalte unserer Arbeit bestimmen, das unterscheidet uns von anderen Organisationen

Schließen möchte ich mit einem Zitat von MP Kretschmann. Es ist mehr als ein Jahr alt, gilt aber noch ganz genau so weil auf dem angesprochenen Sektor kein Fortschritt zu verzeichnen war. Er sagt:

„Wir müssen darauf hinarbeiten, dass die enorme gesellschaftliche Polarisierung, die derzeit zu beobachten ist, entschärft wird. Alle demokratischen Kräfte der Gesellschaft müssen aktiv werden, eingreifen und sich zur Wehr setzen.“

Wohl wahr!

Ca. 20 Minuten